

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

158 (10.7.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253648](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253648)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate: die vierspaltige Seite 10 S., bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 5056.

Organ für Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Abonnement bei Vorauszahlung frei ins Haus: vierteljährlich 2,10 M für 2 Monate 1,40 „ für 1 Monat 0,70 „ evtl. Postbeilage.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 158.

Saut, Mittwoch den 10. Juli 1895.

9. Jahrgang.

Die Fürsorge für entlassene Strafgefangene.

Die Fürsorge für entlassene Strafgefangene ist ein Gebiet, das zu den wichtigsten der Kriminalpolitik gehört, und dem von maßgebenden Stellen seit einer Reihe von Jahren ein gewisses förderndes Interesse gewidmet worden ist. Es bildeten sich Vereine, die mit behördlicher Unterstützung die Unterbringung der Entlassenen in Arbeitsstellen als Aufgabe setzten und auch außerdem eine gewisse Verbindung zum Zwecke moralischer Beeinflussung mit ihnen zu unterhalten suchten. Trotz dieser Bemühungen hat der Kampf gegen das Verbrechen keine bemerkenswerten Erfolge aufzuweisen. Und gerade die Zahl der Rückfälle, die zu wiederholten Malen bestrafte Personen, weist absolut und relativ eine fortwährende Zunahme auf. Die Ursachen dieser Mißerfolge liegen nicht immer auf der Oberfläche. Dort aber suchen sie die preussischen Minister des Innern und der Justiz, die in einer amtlichen Mitteilung über den Gegenstand sich folgendermaßen äußern:

„Im Kampfe gegen das Verbrechen haben sich neben der Strafverfolgung Privatpersonen, Vereine und kirchliche Organe seit dem Anfange dieses Jahrhunderts der Fürsorge gewidmet, welche dem entlassenen Gefangenen die Rückkehr zu einem geordneten Leben bahnt und ihn dadurch vor dem Rückfalle ins Verbrechen bewahrt. Die Ursache, daß die Erfolge dieser Fürsorge häufig nicht den darauf verwandten Arbeiten, Mühen und Geldmitteln entsprechen, ist wohl mit darin zu suchen, daß sie nicht überall zweckmäßig organisiert ist und das richtige Zusammenwirken der Fürsorgeorgane mit den Strafverfolgungs- und Polizeibehörden geschieht.“

Die Minister des Innern und der Justiz haben daher Bestimmungen über die Fürsorge für entlassene Gefangene aufgestellt und die nachgeordneten Behörden angewiesen, nach diesen Bestimmungen zu verfahren.

Aufgabe der Fürsorge ist, den Gefangenen für den Zeitpunkt ihrer Entlassung Arbeit und Unterkommen in solchen Verhältnissen zu sichern, die geeignet sind, sie vor dem Rückfalle zu bewahren. Deshalb soll dahin gewirkt werden, daß möglichst jeder Gefangene sich der Fürsorge unterstellt. Die Fürsorge soll durch die Fürsorgevereine und kirchlichen Organe bei gegenseitiger Unterstützung ausgedehnt werden. Richter und Geistliche der Strafankalten können in geeigneten Fällen die Fürsorge selbst ausüben. Der Anstaltsvorsteher bestimmt nach Anhörung der Oberbeamten, ob und mit welchen Organen wegen Fürsorge Verhandlungen angeknüpft werden sollen. Diese sollen bei längerer Strafverbüßung sechs Wochen vor der Entlassung eingeleitet werden. Das den Gefangenen bei der Entlassung zu theil werdende Geschenk aus dem Arbeitsertrage

soll vorzugsweise zur Bezahlung der Reiseflohen, zur Beschaffung von Kleidern, Wohnung, Unterhalt, Arbeitsgerät u. a., in geeigneten Fällen auch zur Unterstützung der Familie des Entlassenen verwendet werden. Das Geschenk, das bei größeren Beträgen dem Entlassenen möglichst nicht auf einmal ausgeschüttet werden soll, wird dem Fürsorgeorgane oder der Polizeibehörde des Entlassungsortes überhandt, welche mit der Verwendung desselben nicht eher beginnen sollen, bis der Betreffende seine vorchriftsmäßige Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde nachgewiesen hat. Bei ganz geringen Beträgen kann unter Umständen der Anstaltsvorsteher das Geschenk dem Entlassenen ausändigen. Bezieht sich der Entlassene, die zwecks der Fürsorge für ihn getroffenen Anordnungen zu befolgen, so fließt der Rest des Gesenkens in die Anstaltsverwaltung zurück, soweit er nicht im Interesse der Familie des Strafentlassenen Verwendung findet.“

Der mit dieser Organisation der Fürsorge verfolgte Zweck ist sicherlich ein guter, und einzelne Erfolge werden sich auf diesem Wege wohl erzielen lassen. Im Wesentlichen aber werden diese Versuche künftig wie bisher nur eine geringe Wirkung zu üben im Stande sein. Selbst wenn die aufgewandten Mittel minder unzulängliche wären, müßte das gelten. Jedenfalls aber ist es in um so höherem Grade der Fall, so lange die ganze Unterbringung, die man dem Entlassenen gewährt, in einer ziemlich unbestimmten „Fürsorge“ und der ratenweise erfolgenden oder sonstwie beschränkten Ausfolgung des an sich schon sehr bescheidenen „Gesenkens aus dem Arbeitsertrage“ besteht.

Seit Jahrzehnten wird der Kampf gegen das Verbrechen geführt, und zum Ziele, seiner völligen Ausrottung, ist er nie gelangt. Ja, mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, mit der Zuspitzung ihrer Gegensätze und den gemäßigten Forderungen ihrer Kräfte, der still, aber unaufhaltbar zunehmenden Korruption hat sich eine stetige erschreckende Zunahme der Verbrechen und Vergehens ergeben, seien sie nun eine Folge der Noth oder der Verwahrlosung, seien sie ein bewußter, trotziger Protest des Individuums gegen die verderbliche und ungerechte gesellschaftliche Ordnung. Und gegen diese Entwicklung mit einer, womöglich noch furchtbar gefärbten und bürokratisch organisierten „Fürsorge“, einer beormundenden „Liebestätigkeit“ wirken zu wollen, das heißt die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe so zu verkennen, wie nun einmal unsere Staatsmänner soziale Aufgaben zu verkennen pflegen. Zwar scheint der Satz, das ist vielfach unwürdevolle Organisation mit als Ursache der Mißerfolge zu betrachten sei, das Aufbäumen einer Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang zu verrathen. Von Mitteln, die über die äußere Verbesserung der Organisation und eine gewisse, einige Zeit dauernde Bevormundung des entlassenen Sträflings hinausgehen, ist aber keine Rede.

Und das ist auch nicht möglich, wollten die Minister nicht ganz den Boden der bestehenden Ordnung verlassen und sich umständlicheren Bestrebungen hingeben. Denn ist es nicht umständlicher, zu verlangen, daß durch eingreifende Reformen im Wohnungswesen jede Familie eine ausreichende, durch keine Verfallung der Gesundheit und Sittlichkeit, seine Ueberfüllung und Uebererwärmung beeinträchtigte Grundlage für ihre ganze Lebensfähigkeit erhalte? Daß durch eingreifende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem arbeitenden Volke Familienleben und Bildungsmöglichkeit zurückgegeben werde? Ist es nicht umständlicher, eine Hebung der gesammten Lebenshaltung der Bevölkerung durch wachsende Steigerung ihres Antheils an dem Ertrage ihrer Arbeit und eine Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Vornahme von Kulturaufgaben zu verlangen? Derartigen Bestrebungen wirken die Minister des Innern und der Justiz mit ihren untergebenen Behörden und allen „ordnungsliebenden und haarkerbaltenden“ Elementen nachdrücklich und gegenwärtig auch noch erfolgreich entgegen. Es ist daher nicht logisch, dem wachsenden Elend und dem aus ihm nothwendig hervorgehenden Verbrechen durch die ganze Politik die Wege zu ebnen und dann durch die allerfeinsten Mittel ihnen wieder entgegenzuwirken. Oder will man die wachsenden „Verbrechen wider die öffentliche Ordnung“ auf solche Weise vermindern? Hier wird von einer „Besserung“ der durch unsere Rechtsprechung und den ganzen Gang unserer inneren Entwicklung in Gegensatz zum Staate und zur Gesellschaft gebrachten Personen wenig die Rede sein können. Den übrigen Verbrechen und Vergehens aber könnte nur durch eingreifende Reformen des Erwerbs- und Erziehungswesens der Nachdruck vorenthalten werden, und davon sind unsere Staatsmänner heute so sehr wie je entfernt.

Wissen sie doch nicht einmal ein durchgreifendes Mittel gegen die Rückfälligkeit zum Verbrechen. Die Verschärfung der Strafen hat notorisch nicht gemitt, und die bisher organisierte „Fürsorge“ wird der Massenreinigung gegenüber ebenso bedeutungslos bleiben. Und doch giebt es ein Mittel, mit Ausnahme weniger, durch unsere Entwicklung völlig korrupter Elemente, der Rückfälligkeit und dem Verbrechen überhaupt kräftig vorzubeugen: Lohnende Arbeit unter günstigen Bedingungen.

Es müssen ausnahmsweise organisierte Personen sein, die diesem Mittel der „Fürsorge“ zum Troste wieder dem Verbrechen verfallen. Aber hier hängt die Sache. Wie will man diese Arbeit schaffen? Etwas durch Entlassung anderer unbestrafter Arbeiter? Das hieße, das Verbrechen durch das Verbrechen zu kurieren, ein Loch reißten, um ein anderes zu verstopfen. Neue Arbeitslegenheiten zu schaffen, ist aber innerhalb unserer Zustände unmöglich. Die herrschenden Klassen und ihre beamteten Vertreter sind

Ein verschlossener Mensch.

Roman von Max Kretzer.

29)

(Nachdruck verboten.)

Abele beruhigte sich bald. Sie erklärte sich nun merklich schnell zum Fabren bereit. Der Thormog war bereits geöffnet. Konrad Kurnikus hatte sein Rappchen gezogen und hielt den Griff des Rutschschlages. Als Robert vor Alwin einstieg und ihm freundlich zunickte, sagte er leise: „Mit Gott!“

Habnebusch zog mit einem „Auf Wiedersehen“ den Hut vor den Damen, und der Wagen rollte von dannen. Auf der Treppe, die zum Komtor führte, wurden Schwippe und Dämmker sichtbar, und oben an der Winde stand Himmelbart und bildete den Fortfahrenden nach. Viele der Arbeiter waren an die Fenster der Fabrik gestellt, um das Einsteigen des „Glücksfinders“ zu sehen.

Es war ein klarer, trockener Märztag. Frühlingsanfang war vorüber, der Schnee längst verschwunden, und die lauen Sonnenstrahlen sprachen von dem gebieterischen „Werde“ der Natur. Der Doktor zählte den heutigen Tag zu den glücklichsten seines Lebens — er wußte nicht warum. Er hatte das Gefühl, als müßte er in dieser Stimmung für jeden Menschen etwas von seiner Vergnügenfreude übrig haben.

„Na, Kurnikus —“
„Herr Doktor —“
„Wie denken „wir“ über den kleinen Rekl, der mit diesem Tage in das Alter des Jünglings tritt?“
„Niel Tiefe, sehr viel Tiefe vorhanden. Herr Doktor“, gab das Faktotum mit philosophischer Miene zurück. „In den Augen liegt was. Der Spiegel der Seele, wie man zu sagen pflegt. Wie gesagt, Tiefe, sehr viel Tiefe!“
„Brav, lieber Kurnikus, sehr brav von Ihnen.“

Wahrhaftig, es geschah wirklich; Habnebusch klopfte auf den Dadel seiner silbernen Schnupstabsdose und bot dem Alten eine Rife an, die aber erst entgegengenommen wurde, nachdem Kurnikus seine Finger an der Jacke abgestrichen und sich davon überzeugt hatte, daß es dem Arzt mit seinem Anbetenden Ernst sei.

Himmelbart hätte angehticht dieser unerklärlichen Thatjache beinahe seiner Dalt hoch oben verloren, und Schwippes Gesicht, das sich nun über den grünen Vorhang des Komtorfensters zeigte, bekam einen Ausdruck, der dem des Entsetzens nicht unähnlich war.

Durch die Korralität ermuntert, glaubte Kurnikus das Gespräch weiter ausdehnen zu müssen.

„Er hat Reider, sehr schlimme Reider, Herr Doktor“, sagte er auf's Neue. „Da sitzt so Einer auf dem Komtorstuhmel, hat keinen Hals, trägt aber den Kopf so hoch wie der Sultan der Türkei —“

„Se, he — den meinen „wir“ also! Verhebe schon. Schadet nichts. Der Reid frist sich immer selbst. Der geht nicht in die Tiefe, sondern in die Breite. Beobachten Sie nur weiter und berichten sie mir gelegentlich. Besten Dank vorläufig. Wir bleiben die Alten. Adieu, lieber Kurnikus.“

„Adieu, Herr Doktor.“
Das Rappchen zog wieder vom Kopf, und die kleine Biorte wurde vornehmend weit geöffnet.

Als hinter dem Doktor die Thür gerade zugeschlagen war, prallte er förmlich zurück vor Quisfellopp, der wie ein Gespenst vor ihm auftauchte und allem Anscheine nach soeben an dem Knopf der Klingel ziehen wollte.

Er hatte den Cylinderrut frisch aufgezogen lassen, trug bessere Glasehandschuhe, einen mäusegrauen, abgeklobten Winterüberzieher, den er immer verkehrt zu Knöpfen pflegte, so daß die eine Seite des Reagens muldenförmig über die

Schulter ragte, und in der Rechten ein Sträußchen Myrten. Der weiße Shawl sekte nicht, auch die mit zahlreichen „Nischen“ versehenen Stiefel prangten in dem bekannten unübertrefflichen Glanze; nur die „Geschäftskontrolle“ hatte ihren alten Platz gewechselt und lugte diesmal verheißungsvoll aus der linken Paletottastache hervor. Er war unverkennbar: der große Rechtsadvokat der Armen hatte alle Vorbereitungen zu dem wichtigen Akte getroffen.

„Se, he, Sie wollen auch zur Einsegnung?“ fragte Habnebusch und fügte sogleich hinzu: „Es kann Ihnen natürlich Niemand verwehren, in die Kirche zu gehen, aber ich setze voraus, daß Sie keine Veranlassung zum Kergerniß geben werden.“

„Herr Doktor, ich habe keinen Tropfen getrunken, wahrhaftig nicht! Aber es ist gewissermaßen so zu sagen eine große Injurie für mich, den Stiefelater, an diesem Tage von hoher Bedeutung ganz bei Seite zu lassen. Man reißt mir das Kind vom Herzen, das ich in Liebe groß gezogen habe. Das ist ein Gewaltakt, gegen den das Gesetz zu sprechen haben wird.“

Der Doktor war, in Gedanken verjunken, bereits längst, so eilig er es vermochte, dem Geschäftsreisenden Düsselhops verschwunden, als dieser noch immer seine Klagen dem Winde anvertraute . . .

Die Einsegnung war vorüber. Robert hatte manchen Händedruck empfangen und die wärmsten Glückwünsche für sein ferneres Leben entgegengenommen. Als er an der Seite Habnebuschs den Vorplatz der Kirche erreicht hatte, wo die Menge sich zu flauen begann, erblickte er seinen Stiefelater, der in einer Ecke der Mauer stand und auf ihn zu warten schien.

(Fortsetzung folgt.)

eben zu sozialen Reformen unfähig, weil sie aus dem Rahmen ihrer „Ordnung“ nicht heraustreten können. Darum bleiben alle wohlgemeinten Besserungs- und Fortsorgereiche klägliche Stückwerk. „Leipz. Volksztg.“

Politische Rundschau.

Vant, den 9. Juli.

Bei der Reichstags-Verfassungsergänzung in Referenz-Domst erließen nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Referat: v. Dylombowski (Reichspartei) 5183, v. Szymanski (Polen) 8042, Herfarth (Antisemit) 3601 Stimmen. Stichwahl zwischen Dylombowski und Szymanski.

Der Reichstags-Abgeordnete Köstke richtete ein Schreiben an das nationale liberale Wahlkomitee in Düsseldorf, worin er mitteilt, daß sein Standpunkt von demjenigen der Nationalliberalen in den Fragen der Umsturzgesetzgebung, der Tabaksteuer, der Brantweinsteuer, des Antrags Paasche über die Zuckersteuer, der Münzkonferenz, sowie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung abweicht. Er ersuchte also nicht mehr als geeignete Persönlichkeit der national-liberalen Partei, weshalb er sein Mandat in die Hände der Wähler zurücklegte. — Danach hat im Wahlkreise Kaspal I eine Nachwahl stattgefunden. Bei der Wahl von 1893 wurden abgegeben: 5063 konfessionelle Stimmen (1890: 2602), 8517 (11010) national-liberale, 8719 (6346) sozialdemokratische. In der Stichwahl siegte Köstke mit 13 204 Stimmen gegen unseren Genossen Prus, auf den 9798 Stimmen fielen. — Bei tüchtiger Arbeit sind unsere Aussichten nicht ungünstig.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 4. Juli den Entwurf einer Verordnung wegen Einführung der Strandordnung vom 17. Mai 1874 in Ostpreußen und eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betr. die Gebäudesteuer, mit dem Landesauschuß beschlossenen Änderungen die Zustimmung erteilt. Ferner wurden angenommen Auschußanträge, betreffend die Zollbehandlung von Petroleum in Heilungslagern, betreffend die Verwaltungskostenvergütung für die Zuckerverwaltung, betreffend die Vergütung der Zollverwaltungskosten, betreffend die Abänderung des Etats der Zoll- und Salzverwaltungsstellen für Bayern und betreffend die Abänderung des Zoll- und Salzverwaltungsstellenkatalogs für Baden, sowie Vorlagen, betr. die vollständige Prüfung von Mühlenfabrikaten und betr. die Zulassung gewichteter Transilager ohne amtlichen Divertifikat für Getreide. Sodann wurde über eine Anzahl von Eingaben Beschluß gefaßt.

Durch einen Appell an die Furcht lüden die Zentrumskräfte eine Schulgesetzgebung in ihrem Sinne herbeizuführen. Das Zentrum hatte im preussischen Abgeordnetenhaus eine Interpellation folgenden Inhalts eingebracht: „Ob die Staatsregierung beabsichtigt, den Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinischen Angelegenheiten, Dr. Fall, betreffend den katholischen Religionsunterricht in den Volksschulen, vom 18. Februar 1876 aufzuheben und bezüglich der Ertheilung des katholischen Unterrichts in den Volksschulen eine anderweitige Regelung unter Berücksichtigung des Dogmas der römisch-katholischen Kirche herbeizuführen.“ Bei der Beantwortung dieser Interpellation sagte der Abg. Rintelen am Freitag u. A. Folgendes: „In der Umsturzvorlage sollte die Religion geschützt werden. Damals ist in der Kommission des Reichstages wiederholt betont worden, daß ein Schutz der Religion durch Strafgesetze nicht erwünscht sein könnte und kein Ergebnis haben würde. Ich selbst habe diese Ansicht wiederholt geäußert, dagegen haben meine Parteifreunde und ich wiederholt gesagt: Will man die Religion schützen, will man den Umsturz hintanhalten, dann soll man die Kirche wieder freilassen, dann soll man die Kräfte, die sie enthält, sich frei entfallen lassen, das sei der allerbeste Schutz gegen jeden Umsturz.“ — Es ist doch seltsam, daß dieselbe Rintelen, welcher zum Schutze der Religion den famosen § 166 formulirte, womit er selbst national-liberale Professoren wild machte, jetzt das Strafgesetz für ein ungeeignetes Mittel zum Schutze der Religion hält. Das Zentrum war im vorigen Winter zu der Anschauung gekommen, daß unsere Staatsanwälte und Gerichtshöfe sich ganz gut zu Konfessionstribunalen eignen und sollte der Militarismus, die Monarchie und das Eigentum vor mißliebigen Kritiken geschützt werden, warum denn nicht auch das Dogma? Denn darin gleichen sich alle Säulen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, daß sie sämtlich keine Kritik vertragen können. Aber die Wiedereröffnung der Konfession war nicht die Hauptsache. Vor Allem kam es den Merkmalen darauf an, die Schule in ihre Hände zu bekommen, überhaupt für die katholische Kirche Raum zu einer ungehinderten Entwicklung zu gewinnen. Deshalb spielte das Zentrum mit zwei Karten. Die Umsturzvorlage war Handelsobjekt und Selbstzweck zugleich. Es sagte: wird nicht genug geboten, dann rügt das Strafgesetz nicht; erlangen wir, was wir haben wollen, dann lassen wir uns von der Nützlichkeit des Umsturzgesetzes überzeugen. Das Umsturzgesetz ist gefallen, aber die Furcht, aus der es hervorgegangen, besteht fort und nun sucht das Zentrum diese Furcht auszunutzen, indem es die Weiterentwicklung der christlichen Kirche als Surrogat für die von Köller verlangte Altkatholik der Polizei und des Staatsanwalts empfiehlt. Die zum größten Theil aus protestantischen Juristen zusammengesetzte preussische Regierung hat sich etwas gefunden Realismus bemerkt und baut viel mehr auf die sichtbare Gewalt der bewaffneten Gendarmen und die festen Mauern und Gittern der Gefängnisse als auf das Befehlswort, von dem man nicht weiß, ob die Delinquenten so prompt abgefertigt werden, wie dem Gesetze der

preussischen Bureaucratie entspricht. Deshalb blieb Rintelens Appell an die Furcht vorläufig ohne Erfolg und eine kurze ausweichende Antwort war das Ganze, was mit dieser Interpellation erzielt wurde.

Ausdehnung der Krankenversicherung. In der Regierung scheitern Erhebungen über die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Arbeiter im Dienste des Staates. Zur Beschaffung von Grundlagern für diese Ausdehnung der Versicherungspflicht hat der preussische Kultusminister die nachgeordneten Behörden veranlaßt, festzustellen, ob und welche Arbeiter im Bereiche seines Ressorts der Versicherungspflicht gegen Krankheit gegenwärtig noch nicht unterliegen.

Zur Frage der Handwerkerorganisation erklärt die Korrespondenz aus dem Ministerium des Innern entgegenstehenden Zeitungsartikeln gegenüber: „Das preussische Staatsministerium hat aber die in dieser Angelegenheit einnehmende Stellung noch keinen Beschluß gefaßt und wird dies voraussichtlich auch nicht thun, so lange die Ergebnisse der eingeleiteten Erhebungen nicht vorliegen. Der Vorschlag, für die Organisation des Handwerks einen Oberbau im Wege der Reichsgesetzgebung herzustellen und den Unterbau der Landesgesetzgebung zu überlassen, ist von keiner Seite zur Erörterung gestellt worden.“

Zu der geplanten Ausgestaltung und Erweiterung der Wohlfahrtsanstalten für die Arbeiter sämtlicher Militärarmeen in Spanien erteilt die „Rek“ mit, daß beabsichtigt wird, die Arbeiter, die sich auf die Wohlfahrtsanstalten beziehen, zu zentralisieren. Darüber jedoch, wie diese Anstalten am besten zu verwirklichen sein dürfte, sind bestimmte Beschlüsse noch nicht gefaßt worden, und nur so viel steht bis jetzt fest, daß man von der Einrichtung einer besonderen Wohlfahrts-Abteilung Abstand nehmen wird.

Ein zweites Mariaberg. Aus Münster (Westfalen) meldet die „Allg. Ztg.“: Die Alexander-Trenn-Anstalt, Hans Kannen, bei Amelsbüren, welche über zweihundert meist von der Provinzialbehörde überwiesene Pfleglinge beherbergt, wurde vor einigen Tagen unermutet durch den hiesigen beauftragten Professor Hinlenburg, sowie den Medizinrat Dr. Gerlach reviviert. Lieber das Ergebnis verlaute, daß mancherlei erhebliche Mängel, besonders in den hygienischen Zuständen der Anstalt, in welcher kein Arzt wohnt, gründliche Abhilfe erheischen. Die Provinzialverwaltung soll den Ankauf der Anstalt oder den Neubau einer solchen bereits in Erwägung ziehen.

Wie man in Sachen das Preßgesetz auslegt, beweist eine Anklageschrift, die dem Redakteur wie auch dem Drucker und Verleger des sozialdemokratischen „Vorbachters“ in Gemenitz zugeht. Es heißt darin in Beziehung auf den Verleger: „Nichtbedenklicher ist ihm der Vorwurf zu machen, daß er bei dem Drucke des Artikels und bei der Verbreitung der betreffenden Zeitungsnummern nicht mit der richtigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen ist insofern, als er in Verächtlichkeit der bekannten Tendenz des Blattes und der Gesplogtheit der verantwortlichen Redakteure, in den Leitartikeln gegen Behörden und Beamte des Staates und der Gemeinde in unstatthafter Weise Kritik zu üben und zu beleidigenden Ausfällen geneigt zu sein, den Artikel einer Prüfung nicht unterzogen hat.“

Die Spenden der rabiaten Bismärcker, die sie ihrem „Nationalheros“ zum 80. Geburtstag verehrt haben, sind von diesem einer zweckentsprechenden Verwendung zugeführt worden. Wie, darüber giebt folgende „Befanntmachung“ in der Korrespondenz des Bundes der Landwirthe Auskunft: „Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck haben über den ihm zu einem nationalen Zwecke übergebenen, aus den überflüssigen Beiträgen, welche zu seiner Ehrung anläßlich des 80. Geburtstages eingingen, gebildeten Fonds in der Weise verfügt, daß er als Grundstock für das Heim des Bundes, unser neu erworbenes Grundstück zu Berlin, Dessauerstraße 7, verwendet werden soll. Wir werden demgemäß verfahren und zum Anbeken an den Stifter in der Eintrittshalle des Hauses sein Bildnis oder Büste anbringen lassen. Durch diesen Beweis hochherzigen Wohlwollens hat sich der Fürst ein neues unergänzlich Denkmal in den Herzen der deutschen Landwirthe gesetzt. Aber er zeigt uns auch, wie sehr er von der Wichtigkeit und Wichtigkeit der Bundesbestrebungen überzeugt, was an ihm ist, dazu beiträgt, seinen Bestand zu sichern und seine Verhältnisse zu festigen. Diese abermalige Anerkennung unserer Thätigkeit von dem größten Staatsmann des Jahrhunderts soll uns ein neuer Impuls sein, unentwegt weiter zu kämpfen bis zum Siege. Wir leben aber darin auch eine werthvolle Befestigung, daß unsere Bestrebungen auf nationalem Boden stehen.“ — Liberale Blätter meagiren sich darüber, daß die Förderung des Bundes der Landwirthe kein „nationaler Zweck“ sei. Ganz mit Unrecht. Im Bismarck'schen Sinne liegt hier ein „nationaler Zweck“ unumwunden vor. Hat er doch erst jüngst die Verfolgung der Interessentpolitik als höchstes Streben hingestellt. Und wer verheißt diese Praxis besser als die agrarischen Junker. Die Spender dürfen sich also nicht beklagen, denn sie konnten ihren „Heros“ schon vorher genaugam kennen, um ungefähr zu wissen, welchen „nationalen Zweck“ ihr Geld würde dienen müssen. Hätten sie etwas mehr gegeben, so daß es zu einem neuen Rittergute gereicht hätte, dann würde freilich der Bund der Landwirthe kaum etwas abbekommen haben. Denn höher als die Interessentpolitik der Klassen steht noch die der Person — nach Bismarck'scher Auffassung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Juli. Die Ränderwirtschaft der Schlagschützen (polnischer Adel niedrigen Ranges). Die

„Arbeiterzeitung“ schreibt: Einige Blätter berichten aus Lufkatyn an der russischen Grenz Thatfachen, welche geeignet sind, auf einen Kulturmenschen geradezu rebellisch zu wirken. Der Lufkatyn'sche Bezirksauschuß hat vor Kurzem zum Bau der Bezirksstraße fremde Arbeiter aus Rußland herangezogen. Die Rußen, sogenannte „Kazanen“, verlangen aber einen weit höheren Lohn für ihre Arbeit. Trotzdem wurden sie aufgenommen, um nur die hiesigen Bauern nicht zu „demoralisiren“, mit einer Entlohnung von 45 Kreuzer per Tag! In brutalster Weise halten einzelne Großgrundbesitzer ihre Bauern von der Arbeit bei der Bezirksstraße ab, ja sie schicken auf Kreuzwege ihre Schergen, damit diese aufpassen, ob nicht so ein hungeriger Bauer sich erlaubt, zum Straßenaufbau zu gehen! Dann wird er mit Schlägen regaliert und muß zurück. Warum? Weil unter der Herrschaft der jetzigen Großgrundbesitzer der Bauer nie mehr verdienen darf, als der landesübliche Lohn ist, das ist 15 bis 25 Kreuzer. Sonst wird er „demoralisirt“, und davor soll er geschützt bleiben. Wenn der Polenklubanführer Jaleski wieder einmal die Frechheit haben wird, von der „väterlichen Herrschaft“ der galizischen Landjunker zu küntern, so wird man ihm mit Tugenden solcher Thatfachen seine freche Schönschreibererei vertreiben.

Belgien.

Brüssel, 8. Juli. Gestern Abend erschienen in einer Versammlung des Wahlkomitees die hiesigen 18 katholischen Abgeordneten, um über ihr Mandat Redenshaft abzulegen. Ein Tadelvotum wurde ihnen erteilt, die für das Schulgesetz und das Gemeinbewahrgesetz gestimmt haben. Die Abgeordneten verpflichteten sich, für die Proportionalvertretung einzutreten.

Brüssel, 8. Juli. Am 15. Juli findet hier eine von Liberalen, Progressiven und Sozialisten organisierte Kundgebung gegen den Schulgesetzentwurf der Regierung statt. Die Manifestanten verlangen ein Schulgesetz, wodurch der Unterricht für obligatorisch, kostenlos und konfessionslos erklärt werden soll. Am 28. Juli wird eine großartige Kundgebung zum selben Zweck veranstaltet werden, zu der sämtliche liberale, fortschrittliche und sozialistische Vereinigungen des Landes Delegirte entsenden.

Italien.

Rom, 7. Juli. Der von seinem König geführte Crispi ist in Italien eine vorwärtige belobende Wirksamkeit auf — die republikanische Propaganda. Der König scheint zu glauben, daß seine Ermahnungen und Ruffe den verdorbenen Minister vor der Welt, vor dem Volke zu reinigen vermögen. Aber die Liebesbezeugungen des Königs zeigen ihre Wirkung nach einer ganz anderen Seite: in der Neubegründung und Organisation vieler Hunderte von republikanischen Vereinen und Verbänden in größeren und kleineren Städten, auch in Orten, wo man bisher niemals eine republikanische Stimme vernahm. Die Radikalen und aufrichtigen Demokraten, die bisher königlich-konstitutionell waren, werden, wie einst Mazzini prophezeit hat, durch Crispi zur Republik befehrt. Schon erklären sich ihre hervorragenden politischen Führer öffentlich als Republikaner, so erst vor wenigen Tagen, zum nicht geringen Schrecken der Crispi-Bande, der vorzügliche Redner und aufrichtige Demokrat Abgeordneter Engel, der schon während der Wahlkagation die Aufhebung sozialistischer Kandidaten mehrfach unterstützte. Die Sozialisten selbst können diese Republikanisierung der öffentlichen Meinung nur freudig begrüßen, denn sie führt die Entwicklung der Dinge dem sozialen Ziele einen bedeutenden Schritt näher.

Spanien.

Madrid, 7. Juli. Das Gerücht, daß Martinez Campos seine Entlassung nachsuche und bald zurückkehren, weil er das Unmäßigkeit der Inturrektion nicht zu verhindern vermöchte, gewinnt — obgleich offiziell dementirt — immer mehr an Wahrscheinlichkeit. — Die Absicht der spanischen Regierung, die von den Vereinigten Staaten geforderten 10 Millionen Entschädigung an die im letzten cubanischen Kriege geschädigten amerikanischen Staatsangehörigen auszuzahlen, erzeugt in der öffentlichen Meinung große Aufregung, da man Nordamerika eines illoyalen Vorgehens anklagt, weil es jetzt durch Eintreibung dieser Forderung sich keine Neutralität auf Cuba bezahlet lassen wolle.

Rußland.

Petersburg, 6. Juli. Die chinesische 16-Millionen-Pfund-Anleihe ist heute perfekt geworden; der Pokusz der Urkunden fand am Nachmittag statt. Ueber den Inhalt derselben ist bisher nichts Genaueres bekannt geworden und noch immer weiß man nicht, in welcher Weise die Schwereigkeiten, welche sich der Vollziehung des Vertrages in den Weg gestellt hatten, beseitigt worden sind. Es darf aber als sicher angenommen werden, daß die Grundlagen des Anleihevertrages in wesentlichen Punkten von den früher vereinbarten abweichen werden. Namentlich gilt dies in Bezug auf die Garantiefolge, die angeblich so geordnet sein soll, daß Rußland dem Bankensyndikat gegenüber die volle Haftung übernehmen wolle, ohne dies jedoch in den mit China abgeschlossenen Anleiheverträgen aufzunehmen, so daß China vollständig freie Hand behielte. In Finanzreisen will man auch wissen, daß Rußland auf die Sicherung der Anleihe durch die Seezölle verzichtet habe und sich mit dem Zugsänderlich begnüge, die sibirische Bahn durch die Mandchurie bis an die Küste fortzuführen zu können. Das würde für China den Vortheil haben, daß dadurch der Weg für eine auf den Zollentnahmen basierende große internationale Anleihe offen bliebe würde. Gerüchweise verlautet auch, daß nach dieser Richtung bereits neue Anknüpfungen stattgefunden haben.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Juli. Der Selbstmord des Chefs der hauptstädtlichen Sittenpolizei Korn hatte die Aufmerksamkeit auf verschiedene ständische Reformen gelenkt, in denen besonders drei Beamte, darunter der zweite Beamte der Sittenpolizei, eine nicht sehr reichliche Rolle spielten. Es wurde eine sehr umfangreiche Untersuchung eingeleitet, die nach Verhör einer großen Menge von Zeugen (700), meistens Damen der „höchsten“ Gesellschaft, ihren Abschluss gefunden hat. Der Polizeidirektor wird nach Durchsicht der umfangreichen Akten entscheiden, ob Anklage erhoben wird. In den Kopenhagener Frauenkreisen ist man, wie die „Nat.-Ztg.“ schreibt, darauf bedacht, auch den Frauen Anstellung bei der Kopenhagener Sittenpolizei zu verschaffen. Hierdurch hofft man der Brutalität, Rohheit und Verworfenheit, wie sie jetzt an den Tag gekommen sind, in wesentlichem Maße zu begreifen und eine humanere Behandlung der der Sittenpolizei unterstellten Mädchen herbeizuführen. Die anberaumt ist man nun auch in Kopenhagen, einer pietistischen Strömung folgend, bestrbt, durch allerhand äußerliche Mittelchen die Sittlichkeit zu heben, und man kann in Kopenhagen bei hellem Tage mit Laternen herumgehen, ohne eine einzige Kellnerin zu finden. Die Verrottung aber, die sich im Schoße der Behörden selbst breit machte, hat man nicht gesehen, auf den Grund zu gehen.

Serbien.

Belgrad, 7. Juli. Der König beschäftigte das von Kocakovic gebildete Kabinett. Die Ministerliste entspricht der gestern gemeldeten, nur hat der neue Minister des Innern in Aussicht genommene Kron Rie:c mit dem Justizminister Marinkovic das Portefeuille getauscht. — Der König begnabigte sämtliche in dem Tschibisch-Prozesse Verurtheilten. Dieselben wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

Parteinachrichten.

Leitung.

Im Monat Juni gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein: Krotz, Volkserhebung 1,10. Krensdorf, amerik. Nation mehrere Groschen 8,05. Berlin, Beiträge der Wählerliste: 2050. Berlin, ein Beitrag: 501,05. Bepard 3.—, Braunschweig 200.—, Dönnenburg a. d. Bode 100.—, Brandenburg a. d. Havel, 9 Bodenmader und 1 Schreiber 7.—, Borsburg 100.—, Grefeld, gelangt beim Auszug der Düsseldorf-Gesellen 3,10. Cottbus, S. 10.—, Gaffel, rotze Gänger 10,50. Darmstadt 50.—, Deutsche Schulzeile 100.—, Danzig, Stuß aus 10.—, Delmenhorst, rotze Hochzeit der Walter 2,40. Halle, Oberst 2.—, Preußen beim der Frankfurt a. M., der Konstitution der Reichsleitung zum Krieg 25.—, Friedrichshagen, Kundgebung bei Konrad 2.—, Frankfurt a. M., durch S. G. 5.—, Glütschlag, durch den Vertrauensmann 25.—, Götter a. S. durch H. 50.—, Gera (Neu) 50.—, Göttingen i. E. 15.—, Göttinger, v. Freytag gelime Jungent 6.—, Halberstadt 50.—, Hof 10.—, Hamburg, 1 Kr. 10. Geist 8.—, Hamburg, von d. Hagarren, von Heben und Thomen 7,50. Hamburg, 1. Kreis, 9. Geist, 10.—, Hamburg-Gümlitz, lustige Kr. 7, Beschlusliercr. 15.—, Hamburg, v. d. Vertrauensmann des 1. Kr. 787,05 (darunter Ueberlauf d. Wählerweg 7,05). Hamburg, v. d. Veronal der Tabakarbeiter-Gesellschaft 3,8 P. 100.—, Hamburg, Wohnung u. Mühle 43,65. Hamburg, v. d. Riden u. Thomen 9,50. Hamburg, Hagarrenfortreter B. u. M. 10.—, Hamburg, von einem reichen Geburtstags durch B. 3,19. Hamburg, besetzten 1,90. Hamburg, rotze Hochzeit Marixite 2,11. Hamburg, rotze Kube Hofmann 15,80. Hohenfelsch v. Kl. „Schw.“ 5,25. Hannover 500.—, Hannover, Rindhaue 1,50. Halle a. E. 500.—, Hagnau, v. Genssen 50.—, Hlennau, Ueberst. v. Hagarrenkonferenzen der Weisgerber 15.—, Kiel 100.—, Königsherg, R. M. 20.—, Lengensfeld i. B. H. H. H. H. 1,10. Lützemburg, L. 200.—, Lauenburg a. S., P. G. 3,90. Meisen a. G., Hagarrenkonferenzen am 1. Hingst. 1,70. Mollerei (Krieg) v. D. P. 20,55. Neuenhof 3. Romanes B. G. 1.—, Rindberg 300.—, Rindheim, selbstwüste Groschen 4.—, Rindhausen 16,65 (darunter v. aulz. R. 15.—), Oberlungwitz 20.—, Ehrhardt, gel. d. Ausflug nach Zwickau 3,60. Oberlungwitz 10.—, Ofenburg i. B., durch den Vertrauensmann 17.—, (darunter Hagarrenarbeiter 10.—, Hagarrenarbeiter 10.—), Rindberg, Hagarrenarbeiter 10.—, Birna, 8. Hagarren Arbeiter-Beitrag durch H. 50.—, Borsbeim, von Genssen 25.—, Reichenbach i. H., Rite Garde, 2. Quartier 50.—, rotze Hochzeit 3,15, Summa 55,15. Rind bei Rindau in Sachsen 5.—, Regensburg 8.—, Schwabischer Hagarrenarbeiter 25.—, Steglitz, In 30.—, Salungen, goldene Hochzeit 4.—, Springe S. 650. Balfau, von Genssen durch den Vertrauensmann 6,70. Weichau S. 3,90. Wittenberge, Weisprengit 15.—, Wanzleben, Wahlkreis 500.— Berlin, den 5. Juli 1895.

Für den Parteivorstand: K. Götlich, Kassachst. 9,1.

Gewerkschaftliches.

— In den Metallbranchen ist Bewegung fernzubalten: Leipzig-Gütlich (Rotter-Jahrb. Grob u. Ho.); Arbeiter der Fabrikfabrik der von Nürnberg (Leipzig-Jahrb. Hagarren); Metallarbeiter von Nürnberg (Sachsen, Metallarbeiter-Jahrb.), Schmieding-Deut; Schläger von Hartz B.; Klempner von Königsherg i. B.; Hagarrenbauer von Ludwigsbach (Kemper u. Stegwart); Hagarrenarbeiter von Lützingen (K. Hagarren); Schmiede von Hlennberg (Hagarren u. Grob); Bauhelfer von Hagarren i. B. — Die Lohnbewegung der Schneider in Nürnberg dauert an; sie fordern halbständige Verlängerung der einstündigen Mittagspause und damit Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, sowie lohnseitige Lohnverhöhung. Sie wollen die Forderungen mittels parativer Streiks durchsetzen. Nummer mit auch der Hagarren-Beitragvereinbarung keine Arbeiter unterstützen, wenn der Hagarren-Beitrag in dieser Woche nicht endet.

Aus Stadt und Land.

Bant, 9. Juli. In der neuesten Nummer des „Postblattes“ wird amtlich mitgeteilt, in welchen Ländern die Postverwaltungen keine Ersatzpflicht für Einschreibebriefungen übernehmen. Es sind dies: die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Brasilien, die britisch-australischen Kolonien (ausgenommen Queensland), Canada, die Kapkolonien, Ecuador, Guatemala, Mexiko, Natal, Paraguay, Peru und die südafrikanischen Republiken.

Wilhelmsbaven, 9. Juli. In Werftarbeiterkreisen geht das Gerücht um, die Werftverwaltung beabsichtigt, eine Frühstücks- und Vesperpause von je einer halben Stunde einzuführen, dafür aber die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Diese Reform würde bei den Arbeitern einen großen Unwillen erregen, der in der That berechtigt wäre. Wenn sie schon die Einführung solcher Pausen, besonders einer Frühstücks- und Vesperpause die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde zu verlangen, in einer Zeit, wo nicht bloß von den Arbeitern, sondern auch von einschlägigen und wohlwollenden Arbeitgebern die Durchführbarkeit und Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung auf 9 oder 8 Stunden erkannt worden ist und es nur noch eine Frage der Zeit ist, daß die gesetzliche Normalarbeitszeit von 8 Stunden wenigstens für die Großindustrie zur Einführung gelangt. Vorwärts, nicht zurück wollen die Arbeiter in dieser Frage. Und es wäre keine Schande für die Kaiserlichen Werften, im Gegenteil sehr ehrenvoll, wenn sie mit dem guten Beispiel vorangingen und so bald wie möglich den neunstündigen Arbeitstag und die Frühstücks- und Vesperpause einführen. Auf die Vesperpause würden die Arbeiter dann gerne verzichten.

Wilhelmsbaven, 9. Juli. Boykott von oben. Boykott gegen die Wilhelmsbavener Geschäftsleute, ausgeübt von Offizieren S. Majestät Marine — das ist das Reue in unserer See- und Kriegshafenstadt. Wir würden die Nothricht nicht glauben, wenn wir sie nicht mit eigenen Augen in dem „Wilhelmsh. Tageblatt“, dem amtlichen Organ kaiserlicher und kaiserlicher Behörden, gelesen hätten. In der gestrigen Nummer theilt das genannte Blatt in einem langen, und sehr artikulierten, mit, daß man endlich nun schwarz auf weiß habe, warum Wilhelmsbaven von den Marinebehörden und besonders von dem Schiffkommando gegen Kiel zurückgesetzt und bei den Lieferungen Wilhelmsbavener Geschäftsleute nicht oder selten berücksichtigt werden. Kurz gesagt, die Ursache ist die Schulumlage, welche die Offiziere und Deskriptoren in Wilhelmsbaven bezahlen muß. Hinter dieses Geheimniß ist man gekommen durch einen Brief, den ein hiesiger Leser an einen der in Kiel liegenden, aber nach jeder geltenden Panserschrift gerichtet und in welchem der Leser sich um eine Lieferung bewarb. Auf seinen Brief erhielt er nun die lakonische Antwort: „Wegen Schulumlage keine Lieferungen“. Diese Antwort erklärte dem Leser an, was ihm Jahre hindurch ein Räthsel gewesen; aber auch den übrigen Geschäftsleuten von Wilhelmsbaven, ja selbst dem Reakteur vom Tageblatt ist es nun wie Schuppen von den Augen gefallen, daß sie boykottiert werden, weil die Offiziere Schulumlagen bezahlen müssen. Es giebt da kein Drehen und kein Drehen, es ist ein regelrechter Boykott, der in seiner Berechtigung zu manchem, von sozialdemokratischen Arbeitern inszenierten Boykott, z. B. dem Berliner Bierboykott, verhält, wie das Laster zur Tugend. Nach unserem Desiraten vertritt sich dieser Boykott mit dem Motto: „Wegen Schulumlage keine Lieferungen“ weder mit der Staatsraison, noch mit dem soldatischen Ehrentage. Wenn jemals der Begriff des großen Unfalls, der in Sachen bei den Boykott sozialdemokratischer Arbeiter von den Gerichten in Anwendung gebracht werden ist, zutrifft, so ist es hier. Denn es ist ein unerhörter Unfall, wenn Militärs die Geschäftsleute einer Stadt, die unter dem höchsten Geschäftsgang und der Steuerlast furchtbar leiden und theilweise kaum noch vegetiren, boykottieren, weil das Gemeinwesen — hier die Stadt Wilhelmsbaven — gezwungen ist, ihnen eine Schulsteuer aufzulegen. Das „Wilh. Tagebl.“ meint nun, man müsse Mittel und Wege suchen, um die Herren Offiziere von der Steuer zu befreien. Das kann nur geschehen, wenn der Staat die Schulden übernimmt oder für die Militärpersonen einen entsprechend hohen Zuschuß zahlt. Weil die Regierung sich aber bislang weder zu dem einen, noch zu dem anderen verstanden hat, darum müßte den Offizieren die Schulumlage aufgelegt werden. Wir sind aber anderer Meinung und wollen endlich einmal auch mit dem Privatlegium der Offiziere, daß sie irgend welche Steuerfreiheit

genießen, ein Ende gemacht wissen. Die Herren sollen keine Vorrechte, sondern wie die Bürger gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, dann werden sie solche Gytanen, wie die aktionslose, sich nicht mehr erlauben.

Wilhelmsbaven, 9. Juli. (Von der Marine.) Nach telegraphischer Meldung an das Kommando der Marine ist das Schulkiff „Stofch“, Kommandant Kapit. S. v. Schudmann, am 8. Juli in Gibraltar, die Kreuzerfregatte „Prinzess Wilhelm“, Kommandant Korv.-Kapit. v. Volkenhorff, am 4. Juli und der Kreuzer „Arcona“, Kommandant Korv.-Kapit. Sarnow, am 7. Juli in Boaling angekommen.

Leber, 9. Juli. Das großherzogliche Amt macht bekannt, daß am Sonnabend den 13. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr, auf dem Amte die neuerrichtete Wegegebungsstelle auf der Amtschauße Jahnau u. Küsterfeld verpachtet werden soll.

Oldenburg, 9. Juli. Vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts wurden gestern zwei Fälle verhandelt. Angeklagt war in dem einen Falle der Dienstknecht Heinrich Theßing zu Wiken der fahrlässigen Körperverletzung, indem er in Bedacht das 2 1/2-jährige Kind des Maurers Struwe mit einem Wagen überfahren hatte. Das Urtheil lautete auf Freisprechung. — Im zweiten Falle war angeklagt die Wittve Amalie Spinger zu Delmenhorst, durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen herbeigeführt zu haben. Der Frau passierte das Unglück, daß das ihrer Obhut anvertraute Kind der Julie Rauber im Alter von 1 1/2 Jahren hinter das Haus lief und in die dort befindliche Ringergrube fiel und erstickte. Auch diese Angeklagte wurde frei gesprochen.

Vermischtes.

— Der neueste Dichter Patriot. Leute von Geist und Wit haben bekanntlich eine Abneigung dagegen, ihre Fähigkeiten in Werdepatriotismus, Führerverherrlichung und gleichwertigen Dingen zu verpulvern. Man nimmt daher an berufener Stelle gerne den guten Willen für die That und protegiert den patriotischen Dichterling selbst dann, wenn seine Werke des Menschen Herz durch ein gutes Stück unheimlicher Komik erfreuen. Was soll man auch machen in der Noth, wo der Umsturz den guten Unterthanen immer frecher das bische Patriotismus aus dem Schädel reiht, das ihm mit saurer Mühle in der Jugend eingebläut worden? Ein solcher patriotischer Nothhelfer, ein Mann, der zu gebrauchen ist, ist daher auch Herr Benz, der „Das hohe Lied vom Kaiser Friedrich“ verbroden hat. Einige Proben aus seiner Dichtung werden auch bei unseren Parteigenossen ihre Wirkung nicht verfehlen. Der arme Mann, der unter dem Gehelber der Bismarckischen Meute neuuanzunehmig Tage auf dem preussischen Königsthron hat aushalten müssen, wird von Herrn Benz wie folgt mißhandelt:

„Begrüß als Preussens König, Deutschlands Kaiser! Wo, er ist krank noch immer, matt und hinfert!“

Leiter wurden zwei Söhne den Eltern durch einen frühen Tod entzogen.

„Ach, jene Zeit war trübe und dol' Dein! Es konnten sich die Eltern nicht gründen, Das zwei hinfert nur blieben von den Söhnen.“

Die beiden überlebenden Prinzen machten heran. Der ältere, bereitet sich, mehr als seine Pflicht thugend, für sein schweres Amt vor.“

„Prinz Heinrich aber hat die Noth erlitten Und ist zum Admiral wie geboren.“

Prinz Wilhelm vermählt sich und halt

„Ein better Jubel war im Land erklingen, Als sich die ersten Enkel zeigten ein; Zehneinmündig müste es von allen Jungen; Wie glänzend lüfte die Grotzeln sein.“

Mit grauem Realismus werden die Straul der Schlacht ausgemalt:

„Besetzt mit Leichen liegt das Schlachtfeld, Und furchbar groß das Weiden der Kanonen, Die kein Erbarmen kennen und kein Schonen, Die ihren Arm und Sinne auf den Feinden, Versteht Säupter herrenlos umher.“

Ein solches Werk muß von der Regierung mit ganzer Kraft protegiert werden. Das preussische Kultusministerium hat, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, hunderte von Exemplaren des Werkes auf gekauft und an die Leiter der höheren Unterrichtsanstalten vertheilt mit der Bestimmung, dieselben bei passender Gelegenheit als Prämie an würdige Schüler zu vertheilen. Die armen Schüler!

Leitung.

Für den Parteivorstand erhalten: von einer Hochzeit in Barel 3,46 Kr. Der Vertrauensmann.

Für den Parteivorstand erhalten: Amerikanische Kullion eines Bandhock 2,45 Kr. Die Redaktion.

Hochwasser.

Mittwoch den 10. Juli. Vorm. 3,12 Nachm. 3,28

Advertisement for Wulf & Franckens beds. It features a logo with a crown and the text 'Wulf & Franckens' and 'ist stets die billigste'. Below the logo, it lists various bed models and their prices. The beds are categorized by color and material, such as 'aus grün-roth gestreiftem Körper mit 16 Pfund Federn' and 'aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn'. Prices range from 7.00 to 61.00. The advertisement also mentions 'Ausstellung fert. Betten.' and 'Wittwoch den 10. Juli. Vorm. 3,12 Nachm. 3,28'.

34 Immobilien-Verkauf.

Dritter und letzter Termin zum öffentlich meistbietenden Verkaufe des den Erben des kürzlich verstorbenen Fräuleins Marie Scheer hier selbst gehörigen, zu Neuender Altengroden belegenen

Immobilis

befehend in einem Wohnhause und einem 14,40 Ar großen Obst- und Gemüsegarten

wird hiermit auf

Freitag den 12. Juli ds. Js.

Nachmittags 6 1/2 Uhr

in Guten's Gaststube zu Neuende angelegt.

Im zweiten Termine sind 1700 Mark zu höchst geboten und soll jetzt auf das Höchstgebot sofort der Zuschlag erteilt werden.

Neuende, 26. Juni 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

Kleider-Kattune!

Das noch große Lager in hellen und dunkelfarbigem Kleider-Kattun, welches ausschließlich nur hübsche, geschmackvolle Muster enthält, muß der vorgerückten Saison wegen geräumt werden. Der billigste Kattun kostet

Mr. **20** Pfg.

Hauptsächlich offerieren wir die besseren, unbedingt waschbaren Kattune zu

Einkaufspreisen.

Janßen & Carls

56 Bismarckstr. 56.

1895er

Pneumatic - Räder

Rahmenbau mit Kugellagerung zu 200 Mark.

Polsterreifen-Räder

zu 140 Mark.

Einjährige Garantie. Coulaute Zahlungsbedingungen. — Circa 40 Stück auf Lager.

Bernh. Dirks, Wilhelmshaven.

Denjenigen

der am 2. Juli meinen Rock, jedenfalls in der Meinung, daß er nähere Anrechte darauf hat, als ich — mitgenommen, bitte ich hiermit höflichst, doch Besse und Hofe zu holen zu wollen; andernfalls wäre es besser, da mir der Uebelthäter nicht fremd ist, wenn er mir den Rock niederbrächte.

Th. Joel.

Möbl. Zimmer mit Schlafstube

geräumig, an der Sonnenseite, sofort zu mietben gesucht. Offerten mit Preisangabe unter **X. 500** an die Expedition d. Bl.

Alle Sorten Vereinsabzeichen
sowie

Kautschukstempel

liefert billigst

C. Buddenberg.

Programm

zum

Jugend-Schützenfest

verbunden mit

Volksfest der Gemeinde Heppens

am 14. und 15. Juli 1895

arrangirt vom Bürgerverein Heppens.

Erster Tag: Nachmittags 1/2 Uhr Aufstellung der Kinder bei der Schule I. Durchmarsch durch die ganze Gemeinde. Hierauf: Königsschießen der Kinder und sonstige Belustigungen. Dann: Proclamation des Königs und der Königin.

Zweiter Tag: Nachmittags 1/2 Uhr Aufstellung der Kinder bei der Schule I zum Abholen des Königs und der Königin.

Hierauf: **Ball im Festzelt.**

Karussellfahrt und sonstige Vergnügungen.

Nachher:

Volksbelustigungen.

Orden für Nichtmitglieder sind zu haben bei H. Hofmeister, Einigungstr. 30, Nigby, Annenstr. 80, Trippe, Heppenser Str. 1a.

Das Komitee.

Oldenburg.

Am Sonntag den 21. Juli ds. Js. findet das erste große

Gewerkschaftsfest

statt und werden die Gewerkschaften dazu freundlichst eingeladen. Näheres durch Inserate.

Das Komitee.

Hamburger Stebbierhalle F. Frerichs jun.

empfiehlt zum diesjährigen Jugend-Schützenfeste in Heppens hochfeines Bier aus der St. Johanni-Brauerei, sowie diverse andere ff. Getränke und Speisen bei billigster Preisstellung.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem verehrl. Publikum zeige hiermit ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Steinsekerei etc.

eröffnete und empfehle mich zu allen in mein Fach schlagenden Arbeiten. Alle Reparaturen werden schnellstens und billigt ausgeführt. Um geneigte Aufträge ersuchend, zeichne

achtungsvoll

H. Steen, Tonndeich 8.

Erhalte in den nächsten Tagen eine Ladung

prima englische Nußkohlen

und verkaufe dieselben direkt vom Schiff für 36 Mark per Last von 4000 Pfund. Gest. Bestellungen erbitte baldigt.

Wilh. Rsthjen, Kaiserstr. 68.

Zu vermietben

zum 1. August eine schöne dreiräumige Oberwohnung sowie zum 1. November eine schöne dreiräumige Etagenwohnung Neue Wilhelmshavener Straße 26.

Georg Eilers.

Zu vermietben

zum 1. August eine Unterwohnung von vier Räumen und allem Zubehör.

C. C. Werner, Banter Straße 2.

Visiten-Karten

fertigt an Buchdr. des Nordd. Volksbl.

Zu vermietben

zum 1. August eine schöne Oberwohnung an ruhige Bewohner.

W. Neushausen, Bant.



Styria-Fahrräder

empfiehlt

A. Kuhlmann, Uhrmacher.

Ortskrankenkasse der Schuhmacher.

Die wöchentlichen Kassenbeiträge sind von heute an für

Klasse I	auf 40 Pf.
" Ia	" 27 "
" II	" 18 "
" IIa	" 18 "

festgesetzt.

Das Krankengeld beträgt pro Tag: Klasse I 1,37 Mt., Klasse Ia 94 Pf., Klasse II 62 Pf., Klasse IIa 62 Pf.

Der Vorstand.

Unterstützungskasse der Montirungswerkstatt.

Sonntag den 14. Juli

Nachmittags 2 Uhr

General - Versammlung

im Lokale des Herrn **Raische**, Lotbringen.

Tagesordnung:

1. Halbjährliche Abrechnung.
2. Verschiedenes.

Die übrigen Punkte werden in der Versammlung bekannt gegeben und werden die Mitglieder dringend ersucht, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Zur geistl. Beachtung!

Alle Diejenigen, die Forderungen an den Verein für Geflügelzucht zu Bant zu stellen haben, werden ersucht, bis spätestens Sonntag d. 14. Juli spezifizierte Rechnung bei Unterzeichnetem einzureichen.

Der Vorstand.

Ziegfeld, Thierarzt.

Zu der am 6. Juli stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, einen

Bürger- und Hausbesitzerverein zu gründen.

Diejenigen Einwohner der Gemeinde Bant, die sich für obigen Verein interessieren, werden gebeten, sich am **Mittwoch den 10. ds. Mts.,** Abends 8 1/2 Uhr, in **H. Lückener's Restaurant** einzufinden.

Dankagung.

Für die während der langen Krankheit sowie beim Begräbnis meines lieben Mannes und unseres guten Vaters in so reichem Maße bewiesene Theilnahme, insbesondere den Nachbarn wie auch seinen früheren Arbeitskollegen sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Bant, den 9. Juli, 1895.

Anna Sies Wwe.

nebst Kindern und Angehörigen.